Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

268 (15.11.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 268 — **Dienstag den 15. November 1932** — **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Der Reichskanzler stattete am Montag der sächsischen Staatsregierung einen Besuch ab.

*

Der Verwaltungsrat der BIZ. in Basel hat den der Reichsbank gegebenen Kredit von 90 Millionen Dollar auf drei Monate verlängert.

*

Der französische Abrüstungs- und Sicherheitsplan wurde in Genf überreicht.

*

Der am Montag veröffentlichte französische Abrüstungsplan hat in Genfer Kreisen geteilte Aufnahme gefunden. Man erwartet, daß der Plan bei den neutralen Mächten auf allerschärfsten Widerstand stoßen wird. Für Deutschland bedeutet der Plan eine neue Festlegung auf den Versailler Status und auf den gegenwärtigen militärischen Stand Deutschlands.

*

Die Landesparteileitung der Bayerischen Volkspartei hielt am Montag in München eine Sitzung, die der einzunehmenden Haltung bei den jetzigen Verhandlungen im Reiche galt. Der Führer der Partei, Staatsrat Schäffer, wird am Mittwoch mit dem Kanzler eine Besprechung haben.

Glückwunschschreiben des Reichspräsidenten

an Gerhart Hauptmann

Berlin, 14. Nov. Der Herr Reichspräsident hat an Gerhart Hauptmann folgendes Glückwunschschreiben gerichtet: Zu Ihrem 70. Geburtstage spreche ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche aus. Anläßlich Ihres 60. Geburtstages ist Ihnen die höchste Auszeichnung des Reichs, der Adlerschild, verliehen worden. So bleibt mir heute nur übrig, erneut der Anerkennung Ausdruck zu geben, die das deutsche Volk Ihnen und Ihrem dichterischen Schaffen entgegenbringt und den Dank zu wiederholen, der Ihnen für Ihre Verdienste um die deutsche Kunst und nicht zuletzt für die Vertretung und Verteidigung des deutschen Gedankens in der Welt in so reichem Maße gebührt. Ich wünsche Ihnen ein weiteres langes Leben voll Gesundheit und Schaffenskraft und verbleibe mit freundlichen Grüßen Ihr ergebener

(gez.) von Hindenburg.

Reichsarbeitsminister und Freiwilliger Arbeitsdienst

T.U. **Berlin,** 14. Nov. In einer Unterredung mit dem Chefredakteur des Wolffschen Telegraphenbüros über Gegenwartsfragen des Freiwilligen Arbeitsdienstes hob der Reichsarbeitsminister hervor, daß sich die Organisation des Arbeitsdienstes, die sich allerdings noch im Ausbau befinde, durchaus bewährt habe. Die Lösung der Führerfrage sei von entscheidender Bedeutung. Zu Beginn des nächsten Frühjahres würden etwa 1500 ausgebildete Lagerführer für den Freiwilligen Arbeitsdienst zur Verfügung stehen. Mit einem solchen Führerstamm werde es möglich sein, den Arbeitsdienst immer mehr in geschlossenen Lagern durchzuführen. Die Mitwirkung von Verbänden der verschiedensten Richtungen sei ganz besonders förderlich. Es sei Vorsorge getroffen, daß ungeeignete Verbände aus dem Freiwilligen Arbeitsdienst entfernt und unlautere Konkurrenzmanöver zwischen den Organisationen unterbunden würden. Die Träger des Arbeitsdienstes müßten noch mehr als bisher die einzelnen Arbeitsgruppen so zusammenstellen, daß ihnen Arbeitsdienstwillige verschiedener sozialer Stellung und unterschiedlicher Weltanschauung angehörten. Auf diese Weise würden sich die jungen Leute bei gemeinsamer Arbeit kennen lernen und zur Achtung auch gegnerischer Ueberzeugungen erzogen. Der Freiwillige Arbeitsdienst würde während des Winters Einschränkungen erfahren. Wo die Natur der Arbeiten es zulasse, soll er aber auch im Winter durchgeführt werden.

Zustimmung der BIZ. zur Verlängerung des Rediskontkredits der Reichsbank

Basel, 14. Nov. Wie WTB.-Handelsdienst erfährt, hat der **Verwaltungsrat der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel,** der seine 25. Sitzung abhielt, und an der Deutschland unter anderen durch Reichsbankpräsident Dr. Luther vertreten war, **die Verlängerung des Anteiles der BIZ. an den der Reichsbank gegebenen Kredit von 90 Millionen Dollar für weitere drei Monate beschlossen.** Der Kredit war bis zum 5. Dezember 1932 befristet. Voraussetzung für die Verlängerung bildet die Verlängerung der gleich hohen Anteile der Bank von Frankreich, der Bank von England und der Federal Reservebank of Neuyork, worüber die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Es dürften jedoch diese Verhandlungen zu dem gleichen Ergebnis führen.

Bezüglich einer von Oesterreich angestrebten **Anleihe** unter Beteiligung der BIZ. bezw. unter Führung dieser Bank soll sich der Verwaltungsrat in seiner nächsten Sitzung am 12. Dezember schlüssig werden.

Der französische Abrüstungsplan

Paris, 14. Nov. Havas veröffentlicht einen amtlichen, aber die Einzelheiten noch nicht aufklärenden Auszug des französischen Abrüstungsmemorandums. Es wird betont, daß der Plan nicht an die Stelle früherer Vorschläge anderer Delegationen, namentlich an die Stelle des Hoovervorschlages, treten wolle.

Es sei immer deutlicher geworden, daß die **Herabsetzung der Rüstungen** unter den in Artikel 8 des Völkerbundsstatutes vorgesehenen Bedingungen **nicht erhofft werden könne,** wenn man nicht auf die besonderen Situationen eines jeden Staates Rücksicht nehme und insbesondere auf das Bestreben der Regierungen, diese Herabsetzung mit den bestehenden oder noch zu schaffenden Sicherheitsbedingungen zu verbinden. Entsprechend der Anregung des amerikanischen Präsidenten sei ein wesentliches Ziel der Abrüstungskonferenz die **Verstärkung der Verteidigung durch Herabsetzung der Angriffskräfte.**

Verschiedene Vorschläge, namentlich der von Sir John Simon, hätten die Bedeutung dieser qualitativen Abrüstung auf das Material beschränkt, und es sei nicht gelungen, zwischen den ausgesprochen offensiven und den nichtoffensiven Materialien eine Unterscheidung zu machen. In der Frage der Effektivbestände sei man auf die gleiche Unmöglichkeit gestoßen, ein gemeinsames Maß für die verschiedenen militärischen Organisationen zu finden. **Frankreich schlage also vor, eine Gesamtlösung ins Auge zu fassen dadurch, daß man etappenweise die Form einer militärischen Organisation suche und verwirkliche, die unter den gegebenen politischen und technischen Umständen, die für jede Gegend besonderen Charakter trügen, eine Angriffspolitik erschweren würde. Nur auf diese Wege glaube Frankreich eine gerechte Lösung für die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung durch die allmähliche Angleichung der Militärstaaten an einen Verteidigungstyp und durch eine gleiche Beteiligung an den Lasten und Vorteilen der „gemeinsamen Aktion", die im Völkerbundsstatut vorgesehen sei, finden zu können, wobei jeder Gedanke an eine Aufrüstung übrigens ausgeschaltet sei.** Aufgrund dieser verschiedenen Erwägungen lege die französische Delegation eine Gesamtheit von Vorschlägen vor, damit vorbehaltlich der allgemeinen Abmachung, die für alle Mächte die Verpflichtungen zur Beschränkung, Herabsetzung und Kontrolle der Rüstungen definieren werde, **eine Reorganisation für Europa** vorsehen werde, die geeignet wäre, in Europa das Problem der Herabsetzung der Rüstungen sowohl von seiner politischen wie von seiner technischen Seite aus zu lösen.

Das französische Memorandum spreche die Hoffnung aus, daß die Mächte, die an diesen Abmachungen nicht teilnehmen werden, deren Durchführung doch ermöglichen werde, indem sie sich verpflichten, den Garantien, aus den sie schon bindenden Pakten ihre volle Wirkung zu verleihen: Kellogg-Antikriegspakt und Völkerbundsstatut. Ohne diese Voraussetzung würde der vorliegende Plan undurchführbar sein.

Unter Berufung auf die Erklärung Stimsons, daß kein Unterzeichner des Kellogg-Antikriegspaktes gegenüber einem Angreifer neutral bleiben könne, habe das erste Kapitel des französischen Vorschlages im wesentlichen zum Zweck, diesen Grundsatz durch alle Mächte bestätigen und präzisieren zu lassen. **Die Mächte müßten insbesondere im Falle eines Verstoßes gegen den Anti-Kriegspakt ihre wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zu dem Angreiferstaat abbrechen. Alle vertragschließenden Teile müßten dem allgemeinen Schiedsgerichtsakt beitreten.** Falls einer der vertragschließenden Teile sich weigern würde, sich den Methoden der friedlichen Regelung der Streitfälle zu beugen, könnte der andere vertragschließende Teil den Völkerbundsrat damit befassen, der mit Stimmenmehrheit über die zu treffenden Maßnahmen zu beschließen hätte. Die vertragschließenden Teile würden zur Durchführung dieser Entscheidung Hilfe leisten.

Die **Heere** der vertragschließenden Teile, heißt es in dem Plan weiter, werden **allmählich auf den einheitlichen Typ eines nationalen Heeres mit kurzfristiger Dienstzeit und beschränktem Effektivbestand gebracht.** Um die Gleichheit in der Verteidigung zu gewährleisten, wird festgesetzt, daß bei der Abschaffung der Effektivbestände gemäß Artikel 8 des Völkerbundsstatuts **die besonderen Bedingungen eines jeden Staates berücksichtigt werden,** so namentlich „die Ungleichheit und Verschiedenheit der Rekrutierungsquellen". Ebenso werde die **militärische Ausbildung berücksichtigt werden müssen, die den politischen Verbänden erteilt werden, ferner die Bedeutung der Polizei.** Diese Nationalheere würden kein starkes mobiles Material besitzen.

Was die **erste Hilfe zugunsten eines vertragschließenden Staates** betrifft, so sehe man die Spezialisierung beschränkter Elemente vor (Truppenkontingente, welche eine mehr oder weniger lange Dienstzeit absolvieren und mit Materialien ausgestattet sein würden, die den Nationalheeren verboten seien). Diese Elemente würden **dem Völkerbund zur Verfügung gestellt und stünden bereit, beim ersten Appell in Tätigkeit zu treten.** Weitere Bestimmungen beträfen die unter der Kontrolle des Völkerbundes in jedem Staate vorzunehmende **Aufstapelung von mobilen Kriegsmaterialien** (das dem angegriffenen Staat zur Verfügung gestellt werden würde), also eines Materials, dessen Aufbewahrung durch das allgemeine Abkommen erlaubt, das aber den nationalen Streitkräften mit kurzfristiger Dienstzeit verboten sein würde; ferner die allmähliche **Vereinheitlichung der Kriegsmaterialien,** deren Herstellung kontrolliert würde und allmählich international organisiert werden würde. Ferner die Organisierung der ständigen und regelmäßigen Kontrolle der Durchführung dieser Verpflichtungen zwischen den vertragschließenden Teilen. Die Durchführung dieses Programms werde etappenweise vor sich gehen.

Bezüglich der **Flottenstreitkräfte** faßt der Plan für den Fall, daß den Signatarmächten die Möglichkeit gegeben werden soll, bei Erhaltung des gegenwärtigen Relativitäts-Koeffizienten **die Tonnage in möglichst weitem Ausmaß herabzusetzen, den Abschluß eines Mittelmeerpaktes unter den interessierten Staaten** ins Auge, der ihnen ausreichende Garantien für gegenseitigen Beistand geben würde.

Bezüglich der **Rüstungen zur Luft** schlägt die französische Delegation den Abschluß eines **Abkommens zwischen allen über Flugzeuge verfügenden europäischen Staaten vor zwecks Schaffung der „Europäischen Luftransportunion".** Ebenso tritt es für die **Schaffung** — wenigstens in Europa — **einer internationalen Luftstreitmacht** ein, deren Personal aus Freiwilligen der verschiedenen Nationalitäten nach einem noch zu bestimmenden Kontingentierungsschlüssel rekrutiert werden würde.

*

Um das Schicksal der Abrüstungskonferenz

Nächste Woche bedeutungsvolle Verhandlungen in Genf.

T.U. **Genf,** 14. Nov. Der Vertreter Frankreichs im Büro der Abrüstungskonferenz, Massigli, überreichte am Montag nachmittag dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, den großen Abrüstungs- und Sicherheitsplan der französischen Regierung.

In der Unterredung, an der auch der Direktor der Abrüstungsabteilung, Aghnides, teilnahm, ist die Frage erörtert worden, ob der französische Plan sofort im Büro der Abrüstungskonferenz erörtert werden soll oder ob die Behandlung des Planes bis zum Zusammentritt des Hauptausschusses Ende November verschoben wird. Ueber diese rein taktische Frage ist noch keine Entscheidung gefallen. Die englische Regierung hat jedoch wissen lassen, daß sie Wert darauf legt, ihren Standpunkt im Büro der Abrüstungskonferenz noch vor dem Beginn der Ratstagung, somit vor dem Eintreffen der deutschen Vertreter darzulegen. Man erwartet hier, daß die Engländer und Franzosen gleich nach dem Eintreffen des Reichsaußenministers von Neurath Anfang nächster Woche an die deutsche Abordnung mit dem Wunsche auf private, völlig inoffizielle Besprechungen über die Abrüstungsfragen herantreten werden. Im Laufe der nächsten Woche dürfte sich dann die erste Fühlungnahme zwischen den Großmächten über die Gleichberechtigungsfrage und damit über die Rückkehr Deutschlands in die Abrüstungskonferenz anschließen.

*

Die Gleichberechtigungsfrage im französischen Abrüstungsplan

Gewundene Ausdrucksweise.

T.U. **Paris,** 14. Nov. Die Stelle, die sich auf die deutsche Gleichberechtigungsforderung bezieht, hat im französischen Abrüstungsplan folgenden Wortlaut:

„Wenn die französische Regierung gegen die Umstände protestiert hat, unter denen die Gleichberechtigungsforderung vorgebracht wurde, wenn sie den Wert der rechtlichen Beweisführung, auf die sich die Forderung stützt, nicht anerkannt und wenn sie auf dem Gedanken beharrt, daß jene Lösung, die eine Aufrüstung nach sich zieht, als im Widerspruch zur Konferenz selbst stehend, ungannehmbar sein würde, so hat sie selbst doch niemals geleugnet, daß die Frage selbst zu den Aufgaben gehört, die der Konferenz gestellt sind. Schon am 22. Juli hat der Ministerpräsident das vor dem allgemeinen Abrüstungsausschuß erklärt. Die französische Abordnung hat das feste Vertrauen, daß ihre Vorschläge es ermöglichen, im Interesse des allgemeinen Friedens dieser Frage durch eine allmähliche Gleichstellung der militärischen Bestimmungen, sowie durch eine gleichmäßige Beteiligung an den Lasten und Vorteilen der gemeinsamen Aktion unter Beendigung jeder Aufrüstung eine gerechte Lösung zu geben."

*

Die Hauptgedanken des französischen Planes

T.U. **Genf,** 14. Nov. Die Hauptgedanken des großen französischen Abrüstungs- und Sicherheitsplanes können nach einer von halbamtlicher französischer Seite gegebenen Darstellung folgendermaßen zusammengefaßt werden:

1. Ein System der Organisation der Sicherheit gemeinsam mit einem System der Herabsetzung der Rüstungen. Beide Systeme sind eng miteinander verbunden.

2. Der Plan trägt gleichzeitig universellen und regionalen Charakter. Er will den Abschluß eines allgemeinen Sicherheitsabkommens und eines Abrüstungsabkommens herbeiführen. Die Einladung zum Beitritt ergeht an alle an der Abrüstungskonferenz beteiligten Mächte. Der Plan trägt jedoch den besonderen Bedingungen jedes einzelnen Staates Rechnung.

3. Der Plan enthält den Versuch einer Anwendung des Hooverschen Abrüstungsplans auf Europa durch Stärkung der Verteidigungswaffen und Beschränkung der Angriffswaffen, ferner durch Festsetzung des „Typus" der Armeen, der zukünftig für jedes Land gelten soll.

4. Der Plan enthält den Versuch einer Lösung der Frage der Rechtsgleichheit

a) durch fortschreitenden Ausgleich des Militärstatus der einzelnen Länder im Verteidigungssinne,

b) durch fortschreitenden Ausgleich der Vorteile und der Lasten des Abkommens über die gegenseitigen Hilfsmaßnahmen im Falle eines Angriffs.

Der technische Teil des Planes behandelt sodann die einzelnen Methoden für die Abrüstung. Die für die Verteidigung der Grenzen bestehenden Landstreitkräfte Kontinentaleuropas sollen künftig in allen Ländern einen allgemeinen gleichför-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

migen Charakter tragen, nämlich den einer nationalen Armee mit kurzer Dienstpflicht und beschränktem Effektivbestand. Angriffscharakter darf diese Armee nicht haben. Jede an dem künftigen Abrüstungsabkommen beteiligte Macht hält zur Verfügung des Völkerbundes eine beschränkte Zahl bestimmter Einheiten für ein gemeinsames Vorgehen. Diese Truppen haben eine längere Dienstpflicht und sind mit Kriegsmaterial ausgerüstet, das den Nationalarmeen verboten ist.

*

Geteilte Aufnahme in Genf

T.U. **Genf**, 14. Nov. Der große Abrüstungs- und Sicherheitsplan Herriots hat in internationalen Kreisen zunächst eine stark geteilte Aufnahme gefunden. Uebereinstimmend wird jedoch bereits nach der ersten Prüfung festgestellt, daß dieser Plan keineswegs den Charakter eines Abrüstungs-, sondern vielmehr eines Umrüstungsvorschlages trage. Man erwartet daher, daß der Plan bei den neutralen Mächten, insbesondere bei den skandinavischen Staaten, auf allerschärfsten Widerstand stoßen wird. Bereits jetzt wird in internationalen Kreisen von den verschiedensten Seiten heftige Kritik an dem außerordentlich verwickelten u. unzulänglichen Charakter dieses Planes laut. Vom deutschen Standpunkt aus muß dieser Plan zuerst in aller Ruhe u. Objektivität eingehend geprüft werden. Jedoch zeigt sich jetzt schon, daß der Plan in großen Linien auf eine neue Festlegung Deutschlands auf den Versailler Status und auf den gegenwärtigen militärischen Stand Deutschlands hinaus läuft, während die in dem Plan vorgesehenen Ausnahmen Frankreich und der französischen Bundesgenossenschaft eine weitere Aufrechterhaltung ihrer Militärmacht erlauben würden. Man nimmt nunmehr an, daß dieser Plan Herriots in den nächsten Wochen im Mittelpunkt großer internationaler Debatten und Kämpfe stehen wird, beurteilt jedoch die Aussichten auf Annahme dieses Planes in den nächsten Wochen wenig günstig.

Allerlei Wahlen

Kreistags- und Gemeindewahlen im Saargebiet

Im **Saargebiet** sind am Sonntag die Wahlen zu den Kreistagen und den Gemeinderäten vorgenommen worden. Die **Nationalsozialisten** haben stark zugenommen. Sie sind seit den letzten Kreistagswahlen, wo sie in allen Kreisen zusammen sieben Sitze erhielten, und zum größten Teil überhaupt keine Listen aufgestellt hatten, auf 25 Sitze angestiegen. Die **Kommunisten** sind von 21 Sitzen bei der letzten Kreistagswahl auf 58 Sitze gewachsen. Die Mandate der **Sozialdemokraten** sind von 46 auf 29 gefallen und die der **Deutsch-Saarländischen Volkspartei** (vereinigte Volkspartei und Liberale) von 30 auf 14 Sitze. Fast unverändert geblieben sind die Sitze des **Zentrums**. Während diese Partei bei den letzten Gemeindewahlen 114 Sitze hatte, hat sie jetzt 115. Von den in etwa zwölf Gemeinden aufgestellten Kandidaten der **„separatistischen" Unabhängigen Bürger- und Bauernpartei** sind im ganzen nur sieben Kandidaten in kleinen Gemeinden zum Ziel gelangt. Sie haben insgesamt noch nicht 1500 Stimmen erhalten, denen aber in den Gemeinden etwa 30 000 Stimmen der deutschen Parteien gegenüberstehen. Ein Kreistagsmandat haben sie nicht erreicht. Das bedeutet **eine vollständige Niederlage der Franzosenfreunde.**

Insgesamt ist gewählt worden zu 350 Gemeindevertretungen mit 4301 Gemeindevertretern und sieben Kreistagen mit 105 Kreistagsmitgliedern.

In der Stadt **Saarbrücken** erhielten: Zentrum 10 887 (1929: 13 872), Sozialdemokratie 4930 (8777), Deutsch-Saarländische Volkspartei 3934 (8176), Wirtschaftspartei 3669 (5252), Deutschnationale 1479 (2440), Kommunisten 8266 (6043), Kommunistische Opposition 930 (—), Nationalsozialisten 5288 (1103). Mandate: Zentrum 16 (18), Sozialdemokraten 8 (12), Deutsch-Saarländische Volkspartei 6 (11), Wirtschaftspartei 6 (7), Deutschnationale 2 (3), Kommunisten 12 (8), Kommunistische Opposition 1 (1), Nationalsozialisten 8 (1).

*

Bürgerschaftswahlen in Lübeck

In Lübeck wurden bei den Wahlen zur Bürgerschaft (Volksvertretung) abgegeben für Sozialdemokratie 30 317 Stimmen (letzte Bürgerschaftswahl 1929: 33 278 Reichstagswahl 6. November 1932: 32 036), Neuer Hanseatischer Volksbund 5010, Deutschnationale Volkspartei 3791, Haus- und Grundbesitzer 4135, Nationalsozialisten 27 681 (6347 bzw. 31 613), Kommunisten 9940 (5721 bezw. 9894), Zentrum 765 (886 bezw. 964), Staatspartei 1314 (2625 bezw. 1003. Die 68 **Mandate der Bürgerschaft** verteilen sich wie folgt: **Sozialdemokraten** 29 (Bürgerschaftswahl 1929: 34), **Hanseatischer Volksbund** 5, **Deutschnationale** 4, **Haus- und Grundbesitzer** 3 (zu den letzten drei Parteien Vergleichszahl: Alter Hanseatischer Volksbund 29), **Nationalsozialisten** 27 (6), **Kommunisten** 9 (7), **Zentrum** 1 (1), **Staatspartei** 1 (2).

Gemeindewahlen in Sachsen

Im Freistaat Sachsen haben am Sonntag die Gemeindewahlen stattgefunden. Die Wahlbeteiligung war im allgemeinen schwach. Das Ergebnis entspricht im wesentlichen dem Zahlenverhältnis der letzten Reichstagswahl.

Dresden: SPD. 22 Mandate (29), Deutsche Volkspartei 4 (12) Mandate, Kommunisten 13 (7) Mandate, Deutsche Staatspartei 2 (5) Mandate, NSDAP. 22 (4) Mandate, Hausbesitzer-Verein 3 (3) Mandate, Zentrum 1 (1) Mandat, Volksrechtpartei 0 (1) Mandat, CVD. 1 (0) Mandat Handwerk, Gewerbe, Verkehr und sonstige Mittelstandsgruppen 1 (1) Mandat, Handel und Gewerbe 1 (1) Mandat, Ueberparteiliche Rechte 1 Mandat, Deutschnationale Volkspartei 4 (7) Mandate.

Leipzig: SPD. 24 (27) Mandate, NSDAP. 18 (3) Mandate, KPD. 17 (9) Mandate, Nationale Bürgerliste 10 (28) Mandate, Volksrechtpartei 2 (4) Mandate, Staatspartei 1 (3) Mandat), Christlichsoziale 1 (0) Mandat. In der Leipziger Stadtverordnetenversammlung stehen 41 Mandate der Sozialdemokraten und Kommunisten (früher 36) gegen 34 Mandate der übrigen Parteien.

Zittau: Sozialdemokraten 6 (9) Mandate, Staatspartei 2 (4) Mandate, Deutsche Volkspartei 1 (2) Mandate, NSDAP. 8 (2) Mandate, Deutschnationale Volkspartei 1 (1) Mandat, Volksdienst 1 (2) Mandate, Kommunisten 5 (1) Mandate, Berufsständische Vereinigung 4 (5) Mandate.

Bautzen: Sozialdemokraten 8 (13) Mandate, NSDAP. 10 (1) Mandate, Deutschnationale 5 (4) Mandate, Staatspartei 1 (3) Mandate, Kommunisten 5 (2) Mandate, Freie bürgerliche Liste 1 Mandat, Christl. Volksdienst 1 Mandat, Zentrum 2 (1) Mandate, Deutsche Volkspartei 2 (4) Mandate.

Meißen: Sozialdemokraten 16 (18) Mandate, KPD. 4 (1) Mandate, die bürgerlichen Parteien 8 (16) Mandate, die Nationalsozialisten 9 (2) Mandate.

Zwickau: NSDAP. 13 (7) Mandate, SPD. 10 (15) Mandate, KPD. 7 (4) Mandate, DNVP. 3 (5) Mandate, Volksrechtpartei 0 (0) Mandate, Bürgerliche Einheitsliste 4 (16) Mandate, Volksdienst 0 (0) Mandate.

Chemnitz: SPD. 17 (21) Mandate, KPD. 14 (9) Mandate, Chemnitzer Mittelstandspartei 3 (8) Mandate, Deutschnationale 4 (7) Mandate, Deutsche Volkspartei 1 (6) Mandate, NSDAP. 20 (5) Mandate, Staatspartei und Zentrum 1 (1) Mandat, Volksrechtpartei und Inflationsgeschädigte 0 (1) Mandat, CVD. 1 (1) Mandat. Die bisherige bürgerliche Mehrheit ist durch das Ergebnis der Wahl in eine Linksmehrheit umgewandelt.

*

Die Kirchenwahlen in Berlin

Berlin, 14. Nov. Aus den Groß-Berliner Gemeinden liegen bis zur Stunde Ergebnisse aus 67 Gemeinden vor. Es stehen nur noch Ergebnisse von kleineren Gemeinden aus. Danach erhalten: **Positive** 1111, **Volkskirchlich-Evangelische Vereinigung** 87, **Liberale** 298, **Christlich-Unpolitische** 1209, **Deutsche Christen** 1335, **Religiöse Sozialisten** 36 Sitze. Im ganzen gesehen haben die Deutschen Christen (Nationalsozialisten) etwa ein Drittel der Sitze in den Gemeindekörperschaften errungen. Sie sind damit hinter ihrem vor den Wahlen verkündeten Ziel, die Kirche auf dem Umwege über die Wahl zu erobern, sehr weit zurückgeblieben. Der größte Teil der Kirchenwähler hat sich für die unpolitische Volkskirche entschieden und sich erfolgreich gegen das Eindringen politischer Gesichtspunkte in das kirchliche Leben gewehrt.

Deutschland

Reichstag erst am 6. Dezember

Berlin, 14. Nov. Gegenüber den Pressemitteilungen über eine Reichstagseinberufung sofort nach Feststellung des amtlichen Wahlergebnisses erfährt das Nachrichtenbüro des V.d.Z., daß Reichstagspräsident Göring nicht die Absicht hat, den Reichstag vorzeitig einzuberufen. Präsident Göring wird den Reichstag bestimmt erst für den 6. Dezember, dem verfassungsmäßig letzten Termin, einberufen.

Haftbefehl und Steckbrief gegen DD.-Bankdirektor Schäfer

Düsseldorf, 14. Nov. Gegen den flüchtigen Direktor Schäfer von der hiesigen Filiale der DD.-Bank hat der Untersuchungsrichter Haftbefehl und Steckbrief erlassen. Die Höhe der veruntreuten Summe steht noch nicht fest. Der Betrag von 100 000 RM., der von einigen Blättern genannt wurde, dürfte jedenfalls weit überschritten werden.

Staatsrat Schäffer am Mittwoch beim Reichskanzler.

T.U. **München**, 14. Nov. Wie die Bayerische Volksparteikorrespondenz meldet, ist im Rahmen der Parteiführerbesprechungen der Parteivorsitzende der B.V.P., Staatsrat Schäffer, für Mittwoch 16,30 Uhr zu einer Aussprache beim Reichskanzler von Papen eingeladen worden.

Zum 100. Geburtstag des schwedischen Polarforschers Nordenskjöld.

Adolf Erich Nordenskjöld, der berühmte schwedische Polarforscher und Geograph, wurde vor 100 Jahren, am 18. November 1832, geboren. Nordenskjöld unternahm zahlreiche Expeditionen nach Spitzbergen und Grönland und schließlich durch das Eismeer in den Fernen Osten, wobei er 1897 die nordöstliche Durchfahrt (die Beringstraße) entdeckte.

Ueberfall auf einen Dortmunder Bergreferendar

Dortmund, 14. Nov. In der Nacht zum 10. November wurde der Bergreferendar Lodde von einer Polizeistreife mit einer Kopfschußverletzung aufgefunden, an der er zwei Tage danach starb. Die Untersuchung der Mordkommission hat nunmehr zu nahezu völliger Klärung geführt. Danach kommen als Täter die ehemaligen SA.-Männer Pastwa und Werdecke in Frage. Während Werdecke den Lodde niederschlug, zog Pastwa eine Pistole und gab den tödlichen Schuß ab. Die beiden Täter sind noch flüchtig. Dagegen konnte der SA.-Sturmführer Geisner am Samstag morgen verhaftet werden. Er hatte mit zwei weiteren SA.-Leuten zur Begleitung der Täter gehört.

Ausland

Botschafter Köster in Paris eingetroffen.

T.U. **Paris**, 14. Nov. Der neue deutsche Botschafter in Paris, Köster, ist am Montag mittag in Paris eingetroffen.

15 000 Tonnen-Dampfer durch Brand vernichtet

Amsterdam, 14. Nov. Durch einen heftigen Brand wurde in der Nacht zum Montag im Amsterdamer Hafen der 15 000 Tonnen-Dampfer „P. C. Hooft" der Dampfschiffahrtsgesellschaft „Nederland" vernichtet. Der Dampfer, der in der vorigen Woche von einer Reise nach Niederländisch-Ostindien zurückgekehrt war, wurde am Sonntag zur Vertilgung von Ratten mit Blausäure vergast.

Der Hausfrauenberuf ist ebenso anstrengend

wie die meisten Männerberufe. Deshalb sollte jede Hausfrau als Frühstücksgetränk Ovomaltine nehmen, die bekannte Kraftnahrung aus Ei, Malz, Milch und Kakao. Ovomaltine schmeckt ausgezeichnet, ist leicht verdaulich und ihre körper- und nervenstärkende Wirkung verspüren Sie den ganzen Tag. Auch für Kinder gibt es nichts Besseres. Sie nehmen Ovomaltine sehr gerne und gedeihen prächtig dabei.

Lieber an etwas Anderem sparen, aber Ovomaltine nehmen!

Originaldosen zu RM 1.15, RM 2.15 u. RM 4.— in allen Apotheken und Drogerien. Ein Gratismuster erhalten Sie von der Fabrik Dr. A. Wander G.m.b.H., Abt 72 Osthofen-Rheinh.

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[16

„Das war heute ein behaglicher Abend", sagte er endlich, auf die Uhr sehend. „Ich bedaure, daß ich nun doch noch einmal an den Schreibtisch muß. Weißt du, es gibt Tage, die einem besonders glücklich und leicht erscheinen. Vielleicht liegt es auch daran, daß mir heute so gut wie alles geglückt ist, was ich angefangen habe. Vor allem habe ich heute ein armes, tapferes Menschenkind aus einer schwierigen Situation befreien können."

Er erzählte Ina von Edith Bernheim und ihrem traurigen Schicksal.

„Glücklicherweise habe ich jetzt eine Vakanz im Büro und konnte sie sofort bei mir als Sekretärin einstellen. Sie tritt bereits morgen ihren Dienst an."

Seine Stimme hatte sich belebt, seine Augen bekamen einen warmen Schein in der Erinnerung an die glückliche Wendung, die das Geschick der tapferen, unglücklichen Frau durch sein Dazwischentreten genommen.

Mit steigender Unruhe hatte Ina seiner lebhaften Erzählung gelauscht. Mit dem feinen Instinkt der Frau witterte sie eine Gefahr — eine Gefahr, der sich der Mann da vor ihr noch in keiner Weise bewußt war.

„Ist diese Frau Bernheim noch jung?" fragte sie vorsichtig, als Weltner zu Ende gesprochen.

„Doch, sie ist noch sehr jung", sagte er harmlos. „Sie hat etwas vollkommen Mädchenhaftes, nicht nur in der ganzen Erscheinung, sondern auch in ihrer Art. Sehr angenehm, hübsch sogar, glaube ich, nur durch Kummer und Entbehrungen blaß und ein wenig elend. Denke aber, das wird sich geben, sowie sie in geordnete Verhältnisse kommt."

„War sie denn vorher nicht in geordneten Verhältnissen?"

„Ach, das ist eine traurige Geschichte, die ich dir kaum erzählen kann, denn ich bin als Anwalt zum Stillschweigen verpflichtet. Es war da eine düstere Sache mit dem Manne, dem sie nach Südamerika gefolgt ist. Er ist plötzlich gestorben. Seine früheren Freunde versuchen der armen Frau nun noch alles abzugaunern, was sie vielleicht für sich hätte retten können. Sie hat viel durchgemacht. — Du wirst sie ja hier im Hause auch vielleicht einmal kennenlernen, wenn sie manchmal nach Büroschluß oder an einem Sonntag für mich an Stelle meines ehemaligen Sekretärs schreibt. Dann, hoffe ich, wirst du recht gut zu ihr sein."

Ina schwieg. Sie war zu klug, etwas von dem zu verraten, was bei den mitleidigen Worten Weltners in ihrem Innern vorging.

Ihre Miene drückte nur Besorgnis aus, und ihre Stimme klang sehr sanft, als sie nun fragte:

„Und du glaubst nicht, daß es zu irgendwelchen Mißdeutungen führen könnte, wenn du eine so junge, und wie mir scheint, hübsche Sekretärin engagierst? Die Leute haben oft eine böse Zunge. Nicht, daß ich etwas dabei fände, aber man muß auch an die lieben Nächsten denken."

Weltner lachte auf.

„Aber, meine liebe Ina, wir leben doch nicht mehr im Mittelalter. Wir sind doch moderne Menschen. In der modernen Zeit findet kein Mensch etwas dabei, wenn man in der Arbeit sich auch junge Mitarbeiter heranholt. Glaube mir, man vergißt dann vollkommen, ob das ein Mann oder eine Frau ist, die einem an der Schreibmaschine gegenüber sitzt. Man sieht eben nur den arbeitenden Menschen — nichts weiter. Wer das nicht begreift, der kann mir leid tun. Du bist hoffentlich als vernünftige moderne Frau über solche Vorurteile erhaben?"

„Selbstverständlich!" log Ina, denn sie fühlte sehr wohl, ein Widerspruch hätte in Weltner ein Mißtrauen erweckt, das um keinen Preis in ihm aufsteigen durfte.

„Selbstverständlich, Robert, ich freue mich im Gegenteil, daß du eine Mitarbeiterin nach deinen Wünschen gefunden zu haben glaubst. An mir soll es nicht fehlen, wenn diese neue Sekretärin ins Haus kommt. Allerdings das eine muß klar sein: diese Dame ist nur eine Sekretärin; das zieht von vornherein gewisse Grenzen. Eine zu große Freundlichkeit gegenüber Angestellten tut nie gut."

„Handle ganz, wie du es für richtig findest", gab Weltner ein wenig verletzt zur Antwort. „Du bist es aus deinen Kreisen wohl nicht anders gewohnt, als diese Trennung zwischen Angestellten und euch zu ziehen. Ich bin ein schlichter Mensch, dessen Vater sich selbst aus kleinen Anfängen heraufgearbeitet hat. Ich kenne derartige Standesunterschiede nicht. Im übrigen ist es dieser Frau Bernheim auch nicht an der Wiege gesungen worden, daß sie sich ihr Brot einmal als Schreibmaschinistin würde verdienen müssen. Sie war sehr reich und die Tochter einer angesehenen süddeutschen Familie, deren Namen einen guten Klang hatte. Das nur nebenbei. Nun muß ich aber wirklich an die Arbeit gehen."

Er küßte Ina höflich die Hand und ging hinaus. Sie blieb unzufrieden zurück. Wie er sich für diese abenteuerliche Person, die da aus Südamerika hereingeschneit war, einsetzte! Es war wirklich auffallend. Wer weiß, was das für eine Kokette war, die verstanden hatte, sich als unglückliche, vereinsamte Frau bei ihm einzuführen? Geradezu erregt war er bei der Schilderung ihres Schicksals geworden. Inas Abwehr hatte ihn verstimmt, sie hatte das sehr genau herausgefühlt. Vielleicht hätte sie das auch nicht sagen sollen? Aber es war nun geschehen. Um so dringender war es, daß sie Weltner dazu brachte, sich zu erklären und sich mit ihr zu verloben, ehe ihr vielleicht eine andere ins Gehege kam.

Sie durfte keine Zeit mehr verlieren, alles drängte zur Entscheidung.

Elftes Kapitel.

Ein wenig verstimmt über den Abschluß des Abends, war Weltner aus dem Speisezimmer gegangen. Die Bemerkung Inas über die Schranke zwischen ihr und dieser armen kleinen Frau Bernheim hatte ihm nicht gefallen. Genau der gleiche Hochmut, den er an den Verwandten seiner Maria so oft gefunden, der beinah sein eigenes Lebensglück gefährdet hatte.

(Fortsetzung folgt.)